

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Freitag den 6. Mai 1932

Nummer 105

Angriff Brüning-Groener auf die revolutionäre Klassenfront

Proletarischer Freidenkerverband verboten!

Mit Notverordnungen Freidenkerverband, seine Jugend- und Pioniergruppen aufgelöst . Proletarisches Eigentum beschlagnahmt . Stärkere Knebelung antisozialistischer Arbeiterorganisationen . Heraus zum Protest in Stadt und Dorf

Berlin, 5. Mai 1932

Die Unterzeichnung des Reichspräsidenten Hindenburg und des Reichsinnenministers General Groener sind am Mittwoch nachmittag zwei neue Notverordnungen erlassen worden, die einen neuen ungeheuerlichen Angriff auf die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung darstellen.

Eine Notverordnung verfügt das Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker Deutschlands einschließlich der proletarischen Freidenkerjugend, der Freidenkerpioniere und der Frauenkommissionen, sowie der Kampfvereinigungen proletarischer Freidenker, einschließlich der Verlagbetriebe.

Die andere Notverordnung stellt alle „militärähnlichen“ Verbände unter die Aufsicht des Reichsinnenministeriums, das jederzeit Satzungsänderungen verlangen und die Organisation verbieten kann. Viele Notverordnung richtet sich gegen die proletarischen, antisozialistischen Wehrorganisationen und gestattet gleichzeitig eine „veränderte“ Neubildung der nationalsozialistischen SA- und SS-Organisationen.

Nach der Umbildung zu einer Regierung Brüning-Schulerz oder Brüning-Fischer verbietet die von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung den proletarischen Freidenkerverband und legt die antisozialistischen Wehrorganisationen in Schach.

Seit der Notverordnung im März 1931 ist die öffentliche Agitation und Propaganda der revolutionären Freidenkerorganisationen mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteipräsidenten aus staatliche Kontrolle und eingekerkert. Wenn der Vormarsch und die liberale Presse etwas von „Mumpen, aufreizenden Propagandamethoden“ der proletarischen Freidenkerorganisationen erzählen wollen, um das Verbot zu begründen, so ist nie schämlicher gelogen worden. Das Verbot erfolgte wegen der klaren und unerschütterlichen marxistischen Freidenkerpolitik des Verbandes.

Das Verbot ist ein Angriff auf die einfachsten und letzten Freiheitsrechte, auf die proletarische Selbstfreiheit.

Die Notverordnung gegen die antisozialistischen proletarischen Wehrorganisationen ist offensichtlich ein Vorstoß zu weiteren Verbotsmaßnahmen gegen alle Organisationen, die sich nicht für die imperialistische Wehr- und Kampfpolitik der deutschen Kapitalistenklasse einspannen lassen. Die Entwicklung der Dinge in Deutschland bedingt alles, was die kommunistische Partei zum Schutze in der SA-Formation vor der Wahl ins Auge fasst. Das Schicksal für die SA, die heute kaum mehr weiterentwickelt und weiter macht, heißt nur die Einleitung eines großzügigen reaktionären Selbstbaues gegen links hin.

Stahlhelm fordert Verbot des KFD

Die mit dem Verbot der proletarischen Freidenker und der Auflösung der antisozialistischen Wehrorganisationen eingeleitete

Zusammenhang gerissene Fittate aus kommunistischen Zeitungen die drei und vier Jahre alt sind, herangezogen. Der Angriff soll an die kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen revolutionären Klassenfront, herangebracht und ihr Verbot vorbereitet werden.

Arbeiter! Erwerbslose! Werttätige! In jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle und in jedem Wohngebiet macht zum proletarischen Gegenstoß mobil! Erhebt flammenden Protest gegen das Verbot der proletarischen Freidenkerorganisationen, gegen die Fesselung der proletarischen antisozialistischen Verbände! Fordert überall die Aufhebung der Notverordnungen, sowie die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpfer-Bundes!

Gewinnt die Reichsbanner- und sozialdemokratischen Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Angriffe der reaktionären Brüning-Groener-Regierung, die dem Proletariat seine letzten Rechte nehmen und dem Salten Kreuzfeld zum Weiter den Weg bereiten!

Niemals war die Kampfbene proletarische Einheitsfront dringender notwendig als heute.

Aktion soll noch weiter vorgetrieben werden. So erfährt unter Jernstorger, die Kote Jahnke, aus zuverlässiger Quelle, daß in der nächsten Nummer des von der Brüning-Groener-Regierung wohlwollend behandelten „Stahlhelm“ das

Verbot des kommunistischen Jugendverbandes und die Verhaftung seiner sämtlichen Führer und Unterführer gefordert

wird. Als Begründung für diese Forderung werden aus dem

Von der Streikfront der Bauarbeiter:

Neue Baustellen im Streit

Unerhörte Lohnkürzungs-Schiedsprüche . Bis 30 Prozent Lohnabbau . Bürokratie des Baugewerksbundes in Unternehmerfront . Bauarbeiter, führt geschlossenen Kampf

Dresden, 6. Mai.

Der Streit der Bauarbeiter hat im Verlaufe des Mittwoch und des heutigen Tages eine Verbreiterung erfahren. So ist die Baugewerkschaft des Siedlungsbaues Streichen, Tolkner Straße, in den Streit getreten. Ferner legten die Tischbauarbeiter auf der Bauwerk Straße, die mit einem Anbehalten des Elbmuseums beschäftigt sind, die Arbeit nieder. Der Unternehmer wollte sich beruhigen an das Arbeitsamt, von dem ihm einige Arbeiterarbeiter zur Verfügung gestellt wurden. Der größte Teil der Tischbauarbeiter weigerte sich, auf der bestrittenen Baustelle zu arbeiten. Einige Tischbauarbeiter haben, nach den Besprechungen des Unternehmers, für die

Arbeitskünde 20 Pfennig zu zahlen, sich bereitgefunden, zu arbeiten.

In Pirna gelang es der Gewerkschaftsbürokratie mit Hilfe der Polizei ebenfalls auf einem bestrittenen Bau die Arbeit weiterzuführen.

Diese Taten sind für die Bauarbeiter verurteilend, die Streikfront jetzt zu verhärtet und zu verbreitert. Das Bezirksamt der KSC, Industriegruppe Bau, hat in seinem Urteil, das wir am Mittwoch in der Arbeiterstimme veröffentlicht haben, besonders an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Bauarbeiter die Aufforderung gerichtet, mit der KSC und den roten Verbänden gemeinsam den Kampf anzuschmeißen. Nur durch diesen gemeinsamen Kampf wird es den kämpfenden Bauarbeitern möglich sein, den ungeheuerlichen Lohnabbau, wie er sich bereits in den Schiedsprüchen für einige Teilgebiete zeigt, zu verhindern.

So wurde in den Schiedsprüchen für Braunauweig ein Abbau von 25 Prozent, für Wacker von 15,5 bis 20,4 Prozent, für Nordwestschlesien, Württemberg, Kassel usw. von mehr als 20 bis 30 Prozent diktiert. Diesen unerhörten Lohnabbau kann die Bauarbeiterfront nur im Kampf gegen das Unternehmertum und die ihm zur Seite stehende Gewerkschaftsbürokratie abwehren. Deshalb richtet auf allen Baustellen die gemeinsame Kampffront zur Verteidigung der bestehenden Löhne. Ergreift überall Kampfmaßnahmen und führt sie geschlossen durch. KSC-Arbeiter und Gewerkschaftsleute, nicht ist zusammen mit euren kommunistischen Genossen und KSC-Mitgliedern. Zieht euch nicht durch die reformistischen Gewerkschaftsführer herbei, die die Bildung der einheitslichen Kampffront hintertreiben wollen. Wählt euch betriebliche Kampfkomitees und KSC-Komitees.

Setzt euch überall mit den Erwerbslosenansässigen in Verbindung, um die Ausnutzung der Erwerbslosen als Streikbrecher zu verhindern. Erwerbslose! Solidarisiert euch mit den kämpfenden Bauarbeitern. Leht jede Streikbrecherarbeit ab. Unterstützt den Bauarbeiterstreik mit allen Mitteln.

Gesamtheit, den 7. Mai, 14 Uhr, findet im Reglerheim eine öffentliche Bauarbeiterversammlung

Thema: „Der Streit im Baugewerbe und die Stellung der KSC.“ Die Gewerkschaften gebeten Selbst und Klasse zu verteidigen in dieser Versammlung eingeladen. Zeitungs- und KSC, Industriegruppe Bau.

Sinweg mit dem KFD-Verbot

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine große Zahl von Anträgen ausgearbeitet, die dem Reichstag bei seinem Zusammentritt am 9. Mai vorzulegen werden. In diesen Anträgen fordert unsere Fraktion die Aufhebung des Reichstages, die Aufhebung aller Notverordnungen, die Einstellung aller Zahlungen an kontrakte Banken und Industrie, an Kirchen und die Kirche.

Die Nazis insbesondere werden auch bei dieser Reichstags-Sitzung wieder von unserer Fraktion geächtet, durch Anträge auf sofortige Einstellung der Wohnungsbauten und auf Austritt aus dem Völkerverbund. Wir werden diesen schicksalhaften Votum des Reichstages auch im kommenden Reichstag die Nase vom Gesicht reißen.

3 Jahre Verbot des KFD

Heute sind es drei Jahre, daß der damalige sozialdemokratische Reichsinnenminister Gering den Roten Frontkämpfer-Bund verbot. Eine wehrpolitische Kampforganisation der Arbeiterklasse, die ein massives Instrument der proletarischen Einheitsfront gegen jeden schicksalhaften Terrorveruch war. Deshalb richtete die deutsche Bourgeoisie das Verbot nach monatelanger Besatz durch den Sozialdemokraten Gering aus. Zum unmittelbaren Vorwand wurden die blühenden Verträge am 1. und 2. Mai 1929 in Berlin geschlossen, in deren Verlauf 23

Arbeiter, Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten von der Freigeiseltigkeit erlassen wurden.

Drei Jahre später, 1932 verbietet die von derselben KPD tolerierte Brüning-Groener-Regierung den proletarischen Freidenkerverband und bereitet das Verbot aller proletarischen Wehrorganisationen vor.

In diesem Zusammenhang hat unsere Reichstagsfraktion einen Antrag zur Aufhebung des KFD-Verbots und anderer Verbots eingbracht. In diesem Antrag wird gefordert:

- 1. mit sofortiger Wirkung das Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes aufzuheben;
- 2. mit sofortiger Wirkung alle Demonstrationsverbote aufzuheben;
- 3. mit sofortiger Wirkung alle Verbotskommunistischer Zeitungen aufzuheben;
- 4. mit sofortiger Wirkung die politische Wehrmacht aller Arbeitervereinigungen (öffentliche Versammlungen, Mitgliederversammlungen, Besprechungsversammlungen) einzustellen.

Diesen Forderungen müssen sich alle Arbeiter und Werttätigen anschließen. Schluß mit dem KFD-Verbot und den Verbots gegen proletarische Organisationen. Her mit der ungezügelter proletarischen Koalitions-, Demonstrations- und Protestfreiheit.

Parteiarbeiter-Konferenz am 9. Mai im Keglerheim

Die Konferenz findet nicht heute Freitag, sondern am Montag, 19.30 Uhr statt. Tagesordnung: Unser Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub und der Anruf des ZK. Referent: Genosse Karl Perlemann

Vertical list of small advertisements on the left margin, including "K", "utsches", "ding", "Stein", "8. Jahrgang", "Dresden", "Angriff Brüning-Groener", "Proletarischer Freidenkerverband", "Stahlhelm", "3 Jahre Verbot des KFD", "Parteiarbeiter-Konferenz", "SLUB", "Wir führen Wissen."

BI

22

1.82